

Grü/0006/2021

## Parteienantrag Grüne

Sachbearbeiter:

Az:

Datum: 02.09.2021

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Sozial- und Jugendangelegenheiten		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

## Teilhabe, Vielfalt und Integration; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 01.09.2021

### Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die Themen Teilhabe, Vielfalt und Integration der Einwohner als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung, sowie in der Stadtentwicklung zu verankern.

Dies bedeutet im Kontext der Stadtentwicklung und des Gemeinwesens :

1.) Einrichtung einer räumlich abgegrenzten Beratungs- und Anlaufstelle mit festem Ansprechpartner und festen Sprechzeiten

Dies führt zu einer Entlastung der Verwaltung in den anderen Abteilungen (z.B. bei Wohnungssuche, Weiterbildung usw.)

2.) Schulung der Ansprechpartner in direktem Kundenkontakt zu den Erfordernissen und Besonderheiten von Menschen mit Migration, mit Fluchterfahrung, mit Körperbehinderungen usw.

Feste und geschulte Ansprechpartner entlasten andere Abteilungen, da sie um die besonderen Belange der oben genannten Personengruppen wissen. Gleichzeitig erhalten diese Personengruppen so einen barrierefreien Weg in unsere Gesellschaft. Eine Teilhabe am Gemeinwesen ist so ohne Zeitverzug möglich.

3.) Erstellung von Orientierungshilfen für Familien mit Fluchterfahrung sowie für Familien mit behinderten Mitgliedern

- Erstellung eines städtischen Flyers mindestens in den folgenden Fremdsprachen: Englisch, Französisch, Spanisch

- ggf. Erstellung von spezifischen Wegweisern für Familien, Behinderte, Senioren usw.

- Abbau von Hürden zur Teilhabe in Schule, Beruf und Vereinen

4.) Zug um Zug barrierefreie Ausrüstung der öffentlichen Gebäude in Groß-Umstadt

5.) Sukzessive Umsetzung des städtischen Vielfaltskonzepts

6.) Regelmäßige, z.B. Jährliche Durchführung einer Veranstaltung zum Thema Integration, Vielfalt und Teilhabe zur Förderung der Sensibilisierung der Einwohner Groß-Umstadts für die Themen Teilhabe und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

**Begründung:**

Unsere Gesellschaft ist vielfältig in allen Lebensbereichen und basiert auf dem demokratischen Zusammenhalt und der Partizipation aller.

In Groß-Umstadt sind Menschen unterschiedlichen Alters, Religionen, nationaler Herkunft, Kultur und Geschlechts, unterschiedlicher sexueller Orientierung mit und ohne körperliche, geistige Behinderungen zu Hause.

Hier leben Menschen mit verschiedensten Hintergründen, Lebenswege, mit verschiedenen Interessen und Berufen unterschiedlichen sozialen Status, Geflüchtete, Migranten\*innen und Zugewanderten. Dieser vielfältigen Stadtgesellschaft sollte Groß-Umstadt mit einer festen Anlaufstelle für Vielfalt, Teilhabe und Integration gerecht werden.

Die im Beschlussantrag aufgeführten Maßnahmen dienen zudem nicht nur der besseren Integration und Teilhabe. Sie dienen auch z.B. der Strukturierung im Bereich der Verwaltung im Umgang mit den jeweiligen Personengruppen, da z.B. Drehtüreffekte, Mehrfachbearbeitung, und Telefonate zur Orientierung vermieden werden können.